

# 30 000 Euro, um Windräder zu stoppen

Die Gemeinde Korb will juristisch gegen das Vorranggebiet auf der Buocher Höhe vorgehen. Der Gemeinderat stellt dafür trotz Kritik an den hohen Kosten bis zu 30 000 Euro für anwaltliche Beratung und das Verfahren bereit.

VON KEVIN O'BRIEN

**KORB.** Die Gemeinde Korb will sich gegen die Ausweisung der Buocher Höhe als „Vorranggebiet für Windkraftanlagen“ juristisch wehren. Die Antworten des Regionalverbands Stuttgart auf die Korber Bedenken seien zu ungenau gewesen. Nun wechselt die Gemeinde die Anwaltskanzlei und bereitet eine Klage vor – ein sogenanntes Normenkontrollverfahren. Der Gemeinderat soll dafür bis zu 30 000 Euro freigeben.

Der Verband Region Stuttgart hatte im Dezember 2025 auf seiner Regionalversammlung 21 Vorranggebiete für Windräder beschlossen. Darunter auch die Buocher Höhe, wo die Stadt Waiblingen Wald hat und Windenergie nutzen will. Zwischen Juni und August 2025 wurden die Vorranggebietpläne offengelegt, in deren Rahmen die Gemeinde Korb Stellungnahmen einreichte. Da der Regionalverband die Pläne für die Buocher Höhe unverändert ließ und die Antworten auf die Einwände aus Sicht der Kommune zu allgemein ausfielen, äußerte diese erhebliche Zweifel an der rechtlichen Sauberkeit des Verfahrens.

Daraufhin beauftragte der Gemeinderat die Verwaltung in einer Sitzung am 16. Dezember 2025 offiziell mit einer juristischen Prüfung auf etwaige Verfahrens- und Formfehler. Zu den Kritikpunkten der Gemeinde

Korb zählen unter anderem eine mangelnde Prüfung des durchschnittlichen Windaufkommens auf der Buocher Höhe sowie methodische Mängel bei den Windmessungen. Zudem bemängelte sie, dass der Artenschutz für Fledermäuse, Baumfalken, Rotmilane und weitere Vogelarten nicht tiefgreifend untersucht wurde.

Dabei bezog sich die Regionalversammlung auf eine Stellungnahme des Landratsamts des Rems-Murr-Kreises, wonach diesem keine Kenntnisse über unüberwindbare Hindernisse im Hinblick auf den Artenschutz vorliegen, die Windkraftanlagen kategorisch ausschließen. Die Gemeindeverwaltung merkte hierzu an, dass diese Einschätzung lediglich auf dem Kenntnisstand der Behörde, ohne Durchführung vertiefender Untersuchungen, beruhe. Weitere Kritikpunkte der Gemeinde betrafen darüber hinaus die drohende Beeinträchtigung des lokalen Naherholungsgebiets am Hörnleskopf sowie Probleme für den nahen Waldkindergarten, der auf einen ungestörten Zugang zum Wald angewiesen sei.

Aufgrund zeitlicher Kapazitätsengpässe für die Vorbereitung und Einreichung eines Normenkontrollantrags – damit prüft man, ob der Vorranggebiet-Regionalplan gegen höherrangiges Recht verstößt – bei der ersten beauftragten Kanzlei kam es zu einem Wechsel der Rechtsanwaltschaft.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt belaufen sich die Kosten für die bisherige anwaltliche Beratungsleistung (inklusive für die vorherige Kanzlei) auf 9 745 Euro. Um das mögliche anstehende Verfahren finanziell abzusichern, will die Verwaltung das Budget auf insgesamt 30 000 Euro aufstocken.

Gemeinderätin Ruth Rosenbauer (Grüne) hatte Bedenken, diese hohe Summe angesichts der schwierigen Haushaltslage in Korb bereitzustellen. Sie schlug vor, das Geld in sinnvollere Vorhaben wie die Installation von Fotovoltaikanlagen auf Dächern oder eine Senkung der Kindergartengebüh-

ren zu investieren. Dass das Vorhaben der Gemeinde von Erfolg gekrönt sein wird, bezweifelte sie. Dem hielt Gemeinderätin Jeanette Ellwanger (Korber Freie Bürger) entgegen: „Wir haben uns für das Normkontrollverfahren entschieden.“ Ihr Fraktionskollege Albrecht Ulrich pflichtete ihr bei und betonte, dass das Verfahren die einzige Möglichkeit sei, Einspruch einzulegen, da allein die Gemeinde Korb klagen könne. Bei vier Gegenstimmen und einer Enthaltung wurde die Bereitstellung von bis zu 30 000 Euro für Anwaltskosten aus dem Haushalt mehrheitlich beschlossen.

---

## Weiterer Widerstand gegen Windkraftanlagen in Berglen

**Unterschriftensammlung** 1540 Unterschriften sind beim Bürgerbegehren gegen Windräder bei Hößlinswart und Buoch gesammelt worden. Damit ist diese Hürde zum Bürgerentscheid also locker genommen worden. Die Zahl übertrifft das geforderte Minimum um zirka ein Vierfaches. Gerade einmal anderthalb Wochen hat die Bürgerinitiative „Weitblick Berglen“ dafür gebraucht, diese zu sammeln.

**Bürgerinitiative** Bei der Haustürsammlung haben sich viele Helferinnen und Helfer eingebracht, berichten die Initiatoren Bianca und Michael Haas sowie Conrad Zeller. Die Bereitschaft dazu sei überwältigend gewesen. Zudem seien sie eben systematisch vorgegangen. Die 20 bis 30 Leute seien in Teams aufgeteilt worden und bis auf ein, zwei Teilorte seien diese in allen anderen gewesen.

**Vorgehen** Nach der Prüfung der Unterschriften durch die Verwaltung kann es in Richtung Bürgerentscheid gehen. Wenn dabei mindestens 20 Prozent der Wahlberechtigten für den Antrag der Bürgerinitiative stimmen (in Berglen 1060 Personen), würde das den (mehrheitlich gefassten) Gemeinderatsbeschluss – dass die Gemeinde bereit ist, die entsprechenden Flächen zu verpachten – kippen.